



## **Standard Eurobarometer 76**

**DIE ÖFFENTLICHE MEINUNG IN DER EUROPÄISCHEN UNION  
Herbst 2011**

**NATIONALER BERICHT**

**ÖSTERREICH**

Durchgeführt im Auftrag der Europäischen Kommission, Generaldirektion Kommunikation und auch von dieser koordiniert.

Dieser Bericht wurde für die Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich verfasst.

Dieses Dokument repräsentiert nicht die Sichtweise der Europäischen Kommission.  
Die darin enthaltenen Interpretationen und Ansichten sind ausschließlich die der Autoren.

**Standard Eurobarometer 76 / Herbst 2011 – TNS Opinion & Social**

## Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung.....	3
2. Europa 2020.....	4
2.1 Strategien gegen die Krise.....	4
2.2 Wie die Ziele erreicht werden sollten .....	6
3. Österreich und die EU .....	11
3.1 Informationsstand über europapolitische Angelegenheiten.....	11
3.2 Wie sich die Österreicher/-innen informieren .....	14

## 1. Einleitung

Die Bewältigung der Wirtschafts- und Finanzkrise und die Gestaltung einer intelligenten, nachhaltigen und integrativen Wirtschaft gehören derzeit zu den größten Themen in der EU. Der Europäische Rat hat 2010 die von der Europäischen Kommission vorgeschlagene Strategie „Europa 2020“ verabschiedet, die Europa in den Bereichen Bildung, Infrastruktur, Armutsbekämpfung und Wettbewerbsfähigkeit für die Zukunft rüsten soll. Um dieses Ziel zu erreichen wurden sieben Leitinitiativen formuliert, die gemeinsam auf europäischer, nationaler und regionaler Ebene umgesetzt werden sollen. Die „Europa 2020“ Strategie findet bei den europäischen Bürgern breite Zustimmung. Wie die aktuelle Eurobarometer Umfrage zeigt, finden die Bürger die geplanten politischen, sozialen und wirtschaftlichen Maßnahmen nicht nur wichtig sondern auch notwendig, um Europa für künftige Herausforderungen zu rüsten.

Die Akzeptanz der Maßnahmen hängt nicht zuletzt auch vom Informationsstand der Bürger über europäische Themen ab. Dieser bildet den zweiten inhaltlichen Schwerpunkt des vorliegenden Berichts, gemeinsam mit den medialen Gewohnheiten und der Einschätzung der Österreicher und Europäer zum Ausmaß und zur Objektivität der Berichterstattung über die Europäische Union.

Der nun vorliegende österreichische Eurobarometer Länderbericht präsentiert ausgewählte **Ergebnisse der 76. Standard Eurobarometer Befragung**, die vergangenen Herbst zwischen dem 5. November und 20. November 2011 durchgeführt wurde. Dazu wurden in Österreich 1.001 Personen vom Österreichischen Gallup Institut befragt, insgesamt wurden in den 27 Mitgliedsstaaten 26.594 Interviews mit Personen ab 15 Jahren geführt.

Der Bericht beginnt mit der Einschätzung der „Europa 2020“ Strategie durch die Österreicher und Europäer. Zunächst wurde nach der Bedeutung der sieben Leitinitiativen gefragt. Daran anschließend wurden die Befragten um ihre Einschätzung gebeten, inwieweit die gesetzten Ziele realistisch sind. In einem dritten Schritt wurden die befragten Personen gebeten, Maßnahmen, die im Rahmen der sieben Leitinitiativen der „Europa 2020“ Strategie vorgesehen sind, nach Wichtig- und Dringlichkeit zu bewerten.

Im zweiten Teil des Berichts geht es um den Informationsstand und das Informationsverhalten der Österreicher und Europäer. Die Befragten wurden zunächst nach ihrer Einschätzung des Informationsniveaus – sowohl auf nationaler als auch auf individueller Ebene – gebeten. Daran anschließend ging es darum, welche Medien die Befragten zur Information über europäische Nachrichten nutzen und wie sie diese Medien in Bezug auf Ausmaß und Ausgewogenheit der Berichterstattung bewerten. Im letzten Teil geht es speziell um das Internet und soziale Netzwerke als politisches Kommunikationswerkzeug. Technische Spezifikationen und der Fragebogen finden sich im Anhang des Berichts.

Autoren: Mag. Daniel Schönherr und Dr. Harald Pitters

## 2. Europa 2020

### 2.1 Strategien gegen die Krise

Die Befragten wurden gebeten, die **Bedeutung der sieben Kernmaßnahmen** im Rahmen der „Europa 2020“ Strategie zu beurteilen.<sup>1</sup> Insgesamt werden die Initiativen von den Österreichern mehrheitlich als wichtig eingeschätzt, damit die Europäische Union die derzeitige Wirtschafts- und Finanzkrise bewältigt und für das nächste Jahrzehnt gerüstet ist. Einzig die Entwicklung der E-Wirtschaft durch den Ausbau schnellerer Internetverbindungen wird von nur knapp jedem Zweiten (49%, -2 Pp) als „wichtig“ eingestuft. Auch im europaweiten Vergleich zeigt sich, dass die absolute Mehrheit der Bürger sechs von sieben Initiativen als wichtig einstufen, die Entwicklung der E-Wirtschaft wird dabei aber auch in den restlichen Mitgliedsstaaten als am wenigsten wichtig angesehen (49%, +1 Pp). Die Ergebnisse zeigen, dass insbesondere soziale und umweltbezogene Maßnahmen in der Bedeutung ganz oben stehen.

- 80% (-1 Pp) der Österreicher und 75% der Europäer (-1 Pp) halten es für wichtig, eine **Wirtschaft zu fördern, die weniger natürliche Ressourcen verbraucht und weniger Treibhausgase ausstößt**.
- Jeweils 75% der österreichischen Befragten sind der Meinung, die **Schaffung eines qualitätvollen und attraktiven höheren Bildungswesens in der EU** (+1 Pp) sowie die **Modernisierung des Arbeitsmarktes zur Erhöhung des Beschäftigungsniveaus** (-3 Pp) seien wichtig. Europaweit wird die Modernisierung des Arbeitsmarktes etwas wichtiger angesehen (78%, -1 Pp) als die Verbesserung des höheren Bildungswesens (70%, +/-0 Pp).
- 73% (-1 Pp) der Österreicher und 79% (+/-0 Pp) der Europäer erachten es für wichtig, **Menschen, die von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen sind, zu unterstützen und ihnen die Möglichkeit zu geben, aktiv an der Gesellschaft teilzuhaben**.
- Rund 6 von 10 Österreichern sind der Meinung, die **Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der industriellen Basis der EU** durch die Förderung von Unternehmertum und der Entwicklung neuer Fähigkeiten (61%, -5 Pp) bzw. die verstärkte **Förderung von Forschung und Entwicklung und Umsetzung von Erfindungen in Produkte** (59%, -4 Pp) seien wichtige Initiativen im Rahmen der „Europa 2020“ Strategie der EU. Europaweit wird die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit (69%, +1 Pp) etwas wichtiger eingeschätzt als die Forschungs- und Entwicklungsförderung (60%, +/-0 Pp).

---

<sup>1</sup> Dazu mussten die Befragten für jede Maßnahme eine Note von 1 bis 10 vergeben, wobei 1 für „überhaupt nicht wichtig“ stand und 10 für „sehr wichtig“. Anschließend wurden die Prozentsätze in drei Antwortkategorien zusammengefasst: "wichtig" für die Noten 7 bis 10, "einigermaßen wichtig" für die Noten 5 und 6 sowie "unwichtig" für die Noten 1 bis 4.

Unabhängig von der Bedeutung der einzelnen Maßnahmen wurden die Befragten auch nach ihrer **Einschätzung der Realisierbarkeit** der einzelnen Ziele gebeten. Dabei zeigt sich, dass der Großteil der Maßnahmen von der Mehrheit nicht nur als wichtig, sondern auch als realistisch eingeschätzt wird.

- Das Ziel, dass **bis zum Jahr 2020 drei Viertel aller Männer und Frauen zwischen 20 und 64 einen Job haben** sollen, halten sowohl Österreicher (64% +7 Pp) als auch Europäer (60%, -1 Pp) für „genau richtig“.
- Dass spätestens im Jahr 2020 die **Ausgaben für Forschung und Entwicklung jährlich 3% des in der EU erwirtschafteten Vermögens betragen** schätzen 59% (+/-0 Pp) der Österreicher und 55% (-1 Pp) der Europäer als realistisch ein.
- Die **Verringerung des Ausstoßes an Treibhausgasen in der EU um mindestens 20% bis 2020** gegenüber dem Stand von 1990 ist für 52% (+6 Pp) der Befragten in Österreich und 53% (-1 Pp) europaweit ein machbares Ziel.
- **Den Anteil erneuerbarer Energien in der EU um 20% zu erhöhen** halten 53% (+6 Pp) der Österreicher und 57% (+/-0 Pp) der Europäer für ein Ziel, dass die Mitgliedsstaaten bis 2020 realistischerweise umsetzen können.
- Dasselbe gilt auch für die Vorgabe, Europa effizienter beim Energieverbrauch zu machen. 55% (+3 Pp) der Österreicher und 60% (+/-0 Pp) der Europäer halten eine **Verbesserung der Energieeffizienz um 20%** für realistisch.
- Die **Senkung des Anteils junger Leute, die die Schule ohne Abschluss verlassen, auf höchstens 10%** ist für 55% (+6 Pp) in Österreich und 50% (-1 Pp) in Europa machbar.
- **Der Anteil der Europäer, die unter der Armutsgrenze leben, sollte bis 2020 um ein Viertel gesenkt werden.** Auch dieses Ziel wird in Österreich von der Mehrheit der Befragten (50%, +4 Pp) als realistisch eingeschätzt. Europaweit sind es 49% (-1 Pp), die diese Ziel für machbar halten.

Während diese sechs Kernziele in Österreich und in Europa mehrheitlich als realistisch eingeschätzt werden, gibt es *ein* Ziel, dass von einer knappen Mehrheit in Österreich als zu ambitioniert bezeichnet wird. **Dass im Jahr 2020 mindestens 40% der jüngeren Generation ein Diplom oder einen Universitätsabschluss haben sollten<sup>2</sup>**, ist für 43% (-3 Pp) der Österreicher ein zu hoch gestecktes Ziel, für 42% (-1 Pp) ist es ein realistisches. Europaweit zeigen sich die Befragten optimistischer: 48% (-2 Pp) halten die Erhöhung des Anteils an Personen mit tertiärem Bildungsabschluss für machbar, 30% (+/-0 Pp) für zu ambitioniert.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die Österreicher der „Europa 2020“ Strategie der Europäischen Kommission zunächst in Bezug auf die Überwindung der Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise und Rüstung für künftige Herausforderungen eine **hohe Bedeutung** zuschreiben. Gleichzeitig schätzt die Mehrheit der Österreicher die gesetzten Ziele als realistisch ein, erwartet sich also auch deren Umsetzung bis zum Jahr 2020.

<sup>2</sup> 2010 betrug der Anteil der 30-34jährigen mit abgeschlossenem Universitäts- oder Hochschulstudium in Österreich 23,5%, europaweit 33,6%.

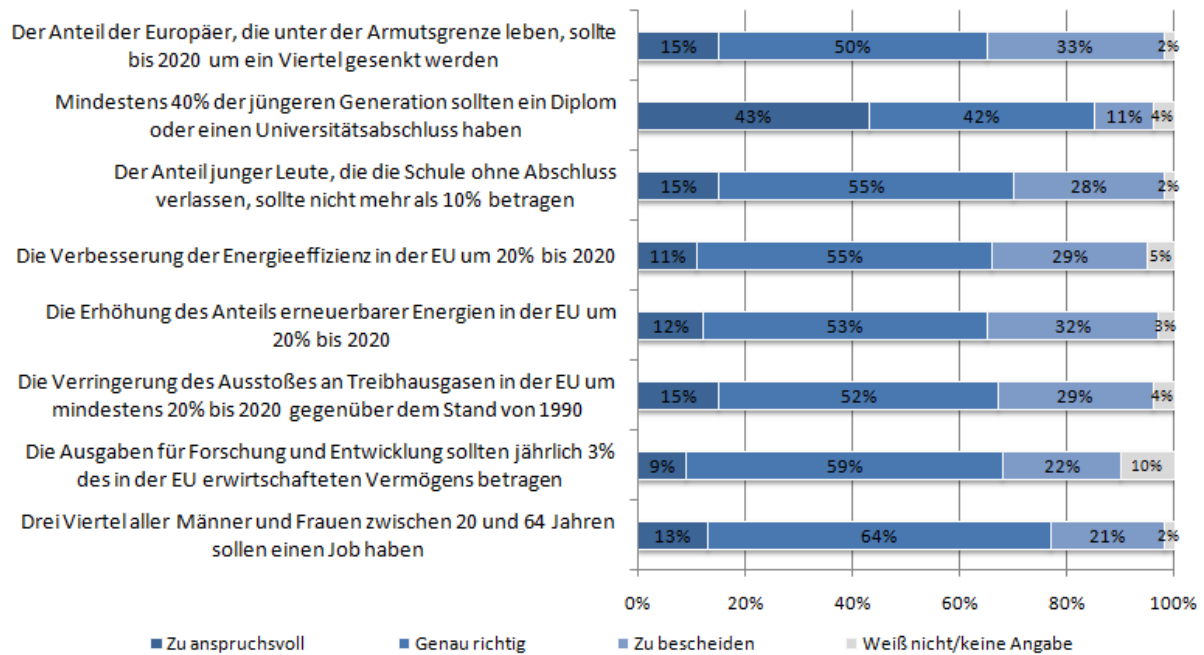


Abb.1: Einschätzung der Realisierbarkeit der Kernziele von „Europa 2020“ (AT)

Auffällig dabei ist, dass im Vergleich zu vor einem Jahr die Österreicher nahezu alle Ziele als realistischer einschätzen. So waren im Herbst 2010 etwa nur 47% der Österreicher der Meinung, die Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien in der EU um 20% bis 2020 sei machbar, ein Jahr später glauben das bereits 53% und damit mehr als jede/r Zweite. 2014 ist eine offizielle Zwischenbilanz ("Mid Term Review") angesetzt, bei der sich zeigen wird, inwieweit Österreich und die anderen Mitgliedsstaaten die Ziele bereits verwirklichen konnten.

## 2.2 Wie die Ziele erreicht werden sollten

Neben der Bedeutung und Realisierbarkeit stellt sich auch die **Frage der Umsetzung**. Auch dazu wurden die Befragten nach ihrer Meinung gebeten. Ihnen wurden in den sieben Kernbereichen der „Europa 2020“ Strategie (Innovation, Jugend, Internet, Energie, Industrie, Beschäftigung/Ausbildung sowie Armutsbekämpfung) jeweils drei Maßnahmen zur Umsetzung vorgeschlagen, aus denen die Befragten die ihrer Meinung nach wichtigste bzw. zweitwichtigste auswählen konnten. Die Antworten auf beide Teile zusammengefasst ergibt eine Gesamtreihung.

Um Innovationen zu fördern, schlugen 72% (+1 Pp) der Österreicher und 67% (-1 Pp) der Europäer vor, **Forschungsprojekte auf aktuelle Herausforderungen wie z.B. Klimawandel, Energie- und Ressourceneffizienz zu re-fokussieren**. An zweiter Stelle sollte nach Ansicht von 67% der Österreicher (-3 Pp) und 63% der Europäer (+1 Pp) **die Kooperation zwischen den Forschern gefördert werden**. Die finanzielle Unterstützung der Forschung findet somit in Österreich (57%, +1 Pp) und in Europa (59%, -1 Pp) am wenigsten Zuspruch.

Zur Verbesserung der Lage junger Menschen sollte die EU ihre Anstrengungen darauf konzentrieren, **mehr junge Menschen in Beschäftigung zu bringen** und die **Bildungsqualität zu verbessern**. 86% (+2 Pp) der Österreicher sprechen sich für eine höhere Jugendbeschäftigung aus, europaweit sind es 83% (+/- 0 Pp). 85% (+1 Pp) der Österreicher wollen, dass die EU die Bildungsqualität *auf allen Ebenen* verbessert, im Europaschnitt sind es 79% (-1 Pp). Am wenigsten Zuspruch findet somit die Strategie, Studenten zu ermutigen, in einem anderen EU-Land zu studieren (Österreich: 42%, -1 Pp; EU27: 37%, +/- 0 Pp).

Im Bereich der digitalen Politik lassen sich in Österreich und auch europaweit keine klaren Präferenzen für bestimmte Maßnahmen feststellen. 63% (+1 Pp) der Österreicher wünschen sich die **Entwicklung weiterer Online-Bürgerdienste** wie z.B. E-Regierung oder Online-Gesundheitsdienste, 61% (+2 Pp) die **Stärkung des Verbrauchervertrauens in E-Commerce**. 60% (-2 Pp) der Österreicher sprechen sich drittens für den **Ausbau des Breitbandzugangs** für alle europäischen Bürger aus. Im Europaschnitt liegt diese Nennung mit 57% (-1 Pp) an erster Stelle, gefolgt von der Entwicklung weiterer Online-Bürgerdienste (53%, -1 Pp) und der Stärkung der Verbrauchervertrauens beim Kauf von Produkten und Dienstleistungen über das Internet (50%, -1 Pp).

Im Bereich der europäischen Energiepolitik ist die **Förderung erneuerbarer Energien** jene Maßnahme, der von den Österreichern (81%, +2 Pp) und Europäern (73%, +/- 0 Pp) oberste Priorität eingeräumt wird. Die **Reduktion der CO<sup>2</sup>-Emissionen im Transportsektor** wird in Österreich (73%, +5 Pp) als zweitwichtigste Maßnahme gesehen, aber auch die **finanzielle Unterstützung für Kleinunternehmen und Haushalte, um deren Energienutzung effizienter zu machen**, wird von 66% (-2 Pp) als wichtige Maßnahme der Energiepolitik bezeichnet. Europaweit liegt die finanzielle Unterstützung für eine effizientere Energienutzung an zweiter Stelle (64%, +1 Pp), gefolgt von der Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emissionen im Transportsektor (60%, +1 Pp).

Die europäische Industriepolitik sollte sich nach Meinung der befragten Österreicher (76%, +/- 0 Pp) vor allem **auf ‚grüne‘ Technologien konzentrieren**. Europaweit wird eine Änderung der Bestimmungen (insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen), um die **Gründung und Führung von Unternehmen zu erleichtern**, priorisiert (68%, -2 Pp). In Österreich liegt diese Maßnahme an zweiter Stelle (ebenfalls 68%, +/-0 Pp), gefolgt von einer **Umstrukturierung der Industriezweige, die sich in Schwierigkeiten befinden** (67%, -1 Pp; EU: 60%, +3 Pp).

In den Bereichen Arbeitsmarkt und Bildung kristallisieren sich deutlich zwei Maßnahmen heraus, die von den Befragten in Österreich und Europa favorisiert werden. Die **Förderung von Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten für alle Menschen im erwerbsfähigen Alter** (unter dem Schlagwort „lebenslanges Lernen“) ist nach Ansicht von 81% (+1 Pp) der Österreicher und 75% (-1 Pp) der Europäer ein notwendiges Mittel, um Europa im Arbeits-

und Bildungsbereich für die Zukunft zu rüsten. **Menschen bei der Anpassung an neue Arbeitsbedingungen und einer möglichen beruflichen Neuorientierung zu unterstützen** wird als genauso wichtig angesehen, und zwar sowohl von den Österreichern (79%, -2 Pp) als auch von den Europäern (74%, -1 Pp). Vergleichsweise weit abgeschlagen liegt die Gewährleistung des Rechts für alle Europäer, in einem anderen EU-Land zu leben und zu arbeiten (Österreich: 54%, +2 Pp; EU: 46%, +/- 0 Pp).

Als letzter Bereich wurden den Befragten drei Maßnahmen zur Armutsbekämpfung vorgeschlagen. Sowohl in Österreich (80%, +3 Pp) als auch europaweit (74%, +1 Pp) wird dabei die **Sicherung der Nachhaltigkeit der sozialen Sicherungs- und Rentensysteme und des Zugangs zur Gesundheitsversorgung** als oberste Priorität angesehen. Jeweils zwischen 70 und 71% der Österreicher halten aber auch die beiden anderen Maßnahmen für wichtig bzw. notwendig: die **Schaffung innovativer Bildungs-, Ausbildungs- und Beschäftigungsangebote** für die, die am stärksten gefährdet sind (71%, +2 Pp) und die **Bekämpfung von Diskriminierung und Unterstützung der am stärksten gefährdeten Gruppen** (70%, -1 Pp). Europaweit zeigt sich zwischen diesen beiden Nennungen eine Abstufung, wonach die Bereitstellung innovativer Bildungs-, Ausbildungs- und Beschäftigungsangebote für besonders gefährdete Menschen etwas wichtiger eingeschätzt wird (67%, +/- 0 Pp) als die Bekämpfung von Diskriminierung und Unterstützung ausgrenzungsgefährdeter Personen (60%, +1 Pp).

**Insgesamt werden von den 21 vorgestellten Maßnahmen in Österreich 20 von einer absoluten Mehrheit als notwendig und sinnvoll erachtet.** Einzig die Ermutigung von Studenten, in einem anderen EU-Land zu studieren, wird als weniger wichtige Maßnahme eingeschätzt, wobei Studenten selbst diese Möglichkeit sehr wohl als wichtig ansehen. In allen übrigen Bereichen hingegen zeigen sich die Österreicher besorgt in Bezug auf Sozial- und Umweltbelange und bedacht auf die Schaffung besserer Grundlagen für die jüngeren Generationen. Die Verbesserung der Beschäftigungsmöglichkeiten für junge Menschen wird dabei im Zusammenhang mit der Verbesserung des Bildungssystems und der Bildungsqualität von deutlich mehr als 80% der Österreicher als wichtigste Maßnahmen angesehen.



	Österreich	EU27
Mehr junge Menschen in Beschäftigung bringen	86%	83%
Die Bildungsqualität auf allen Ebenen verbessern	85%	79%
Förderung erneuerbarer Energiequellen	81%	73%
Die Förderung von Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten für alle Menschen im erwerbsfähigen Alter	81%	75%
Sicherung der Nachhaltigkeit der sozialen Sicherungs- und Rentensysteme und des Zugangs zur Gesundheitsversorgung	80%	74%
Menschen bei der Anpassung an neue Arbeitsbedingungen und einer möglichen beruflichen Neuorientierung unterstützen	79%	74%
Das Beste aus den Möglichkeiten der grünen Wirtschaft machen	76%	62%
Reduzierung der CO2-Emissionen im Transportsektor	73%	60%
Refokussierung von Forschungsprojekten auf aktuelle Herausforderungen, wie z.B. Klimawandel, Energie- und Ressourceneffizienz	72%	67%
Schaffung innovativer Bildungs-, Ausbildungs- und Beschäftigungsangebote für die, die am stärksten gefährdet sind	71%	67%
Bekämpfung von Diskriminierung und Unterstützung der am stärksten gefährdeten Gruppen	70%	60%
Die Bestimmungen ändern, um die Gründung und Führung von Unternehmen zu erleichtern, insbesondere für KMUs	68%	68%
Förderung der Kooperation zwischen den Forschern	67%	63%
Umstrukturierung der Industriezweige, die sich in Schwierigkeiten befinden	67%	60%
Finanzielle Unterstützung für Kleinunternehmen und Haushalte, um deren Energienutzung effizienter zu machen	66%	64%
Entwicklung weiterer Online-Bürgerdienste (z.B. E-Regierung, Online-Gesundheitsdienste)	63%	53%
Stärkung des Verbrauchervertrauens in E-Commerce (Kauf von Produkten und Dienstleistungen über das Internet)	61%	50%
Ausbau des Breitbandzugangs für alle europäischen Bürger	60%	57%
Die Forschung finanziell stärker unterstützen	57%	59%
Das Recht der Menschen wahren, in einem anderen EU-Land zu leben und zu arbeiten	54%	46%
Studenten ermutigen, in einem anderen EU-Land zu studieren	42%	37%

Abb.2: Tabelle aller Maßnahmen zur Umsetzung der „Europa 2020“ Leitinitiativen, sortiert

Gleichzeitig schätzen die Österreicher die Bemühungen der EU, für Verbesserungen in diesen zentralen Bereichen zu sorgen. **41% (-2 Pp) der Österreicher sind davon überzeugt, dass die Europäische Union in die richtige Richtung steuert, um die Krise zu überwinden und die neuen globalen Herausforderungen zu bewältigen.** Europaweit sind es 38% (-8 Pp). Im Vergleich dazu glauben nur ein Viertel (+4 Pp) der Österreicher und 31% der Europäer (+8 Pp), dass die Europäische Union in die falsche Richtung steuert.

QB10. Sind Sie, nachdem Sie nun von den Prioritäten der EU gehört haben, der Meinung, dass die Europäische Union in die richtige oder in die falsche Richtung steuert, um die Krise zu überwinden und die neuen globalen Herausforderungen zu bewältigen?

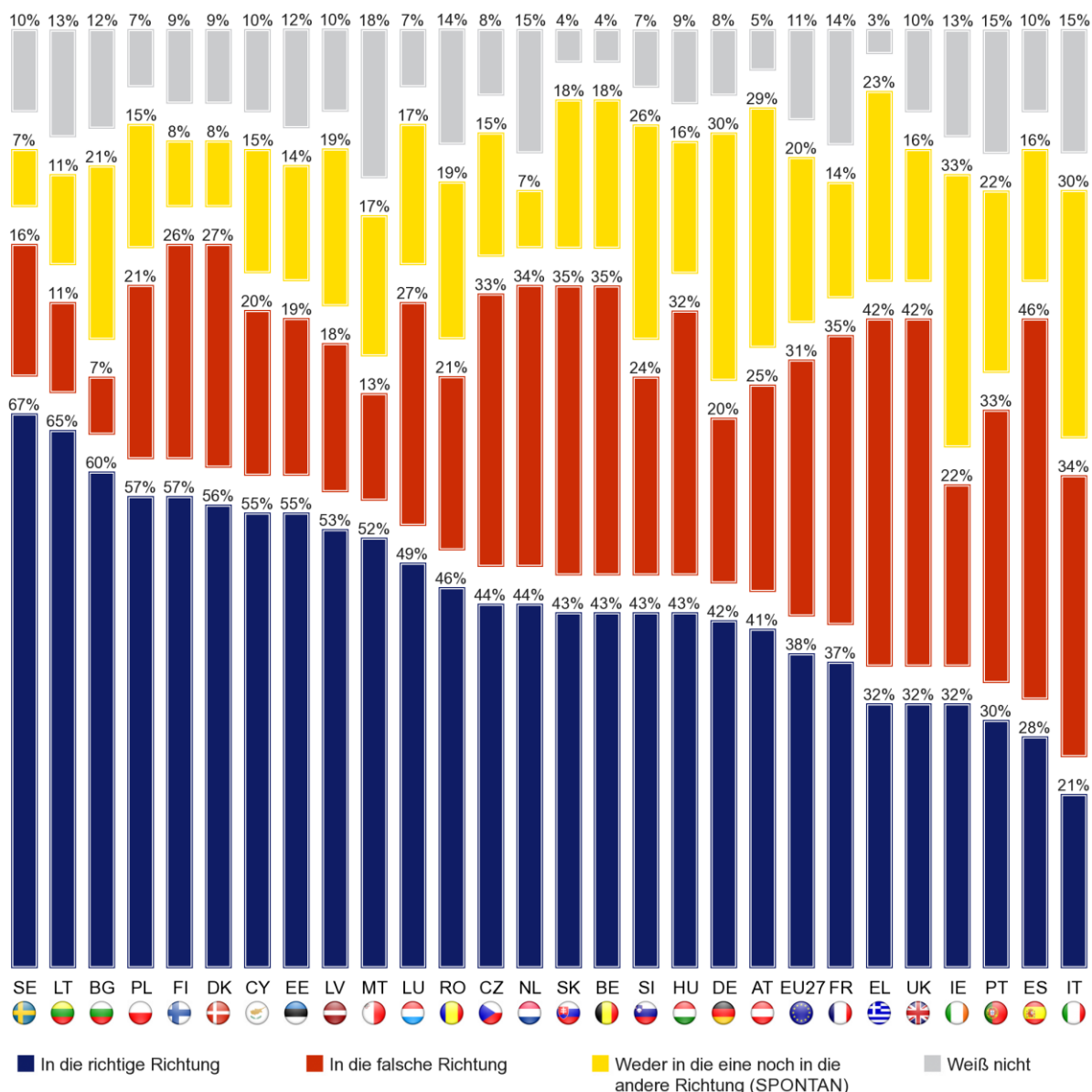


Abb.3: Sind Sie, nachdem Sie nun von den Prioritäten der EU gehört haben, der Meinung, dass die Europäische Union in die richtige oder in die falsche Richtung steuert, um die Krise zu überwinden und die neuen globalen Herausforderungen zu bewältigen?

### 3. Österreich und die EU

#### 3.1 Informationsstand über europapolitische Angelegenheiten

Die Österreicher fühlen sich genauso wie die Europäer über europäische Angelegenheiten unzureichend informiert, sowohl individuell als auch auf nationaler Ebene. Nur ein Drittel der Österreicher (-3 Pp) und nur ein Viertel der europäischen Bürger (+/- 0 Pp) glaubt, dass die Menschen in ihrem jeweiligem Land sehr bzw. ziemlich gut über europäische politische Fragen informiert sind. Persönlich fühlen sich 41% (-3 Pp) der Österreicher und 33% (-1 Pp) der Europäer gut informiert. Österreich liegt damit um 8 Prozentpunkte über dem EU-Durchschnitt. Im Ländervergleich liegt Österreich an neunter Position. Am besten informiert fühlen sich die Luxemburger (52%) gefolgt von den Finnen (47%) und den Iren (46%), am wenigsten informiert fühlen sich die Spanier (20%), Zyprioten (24%) und Franzosen (25%).

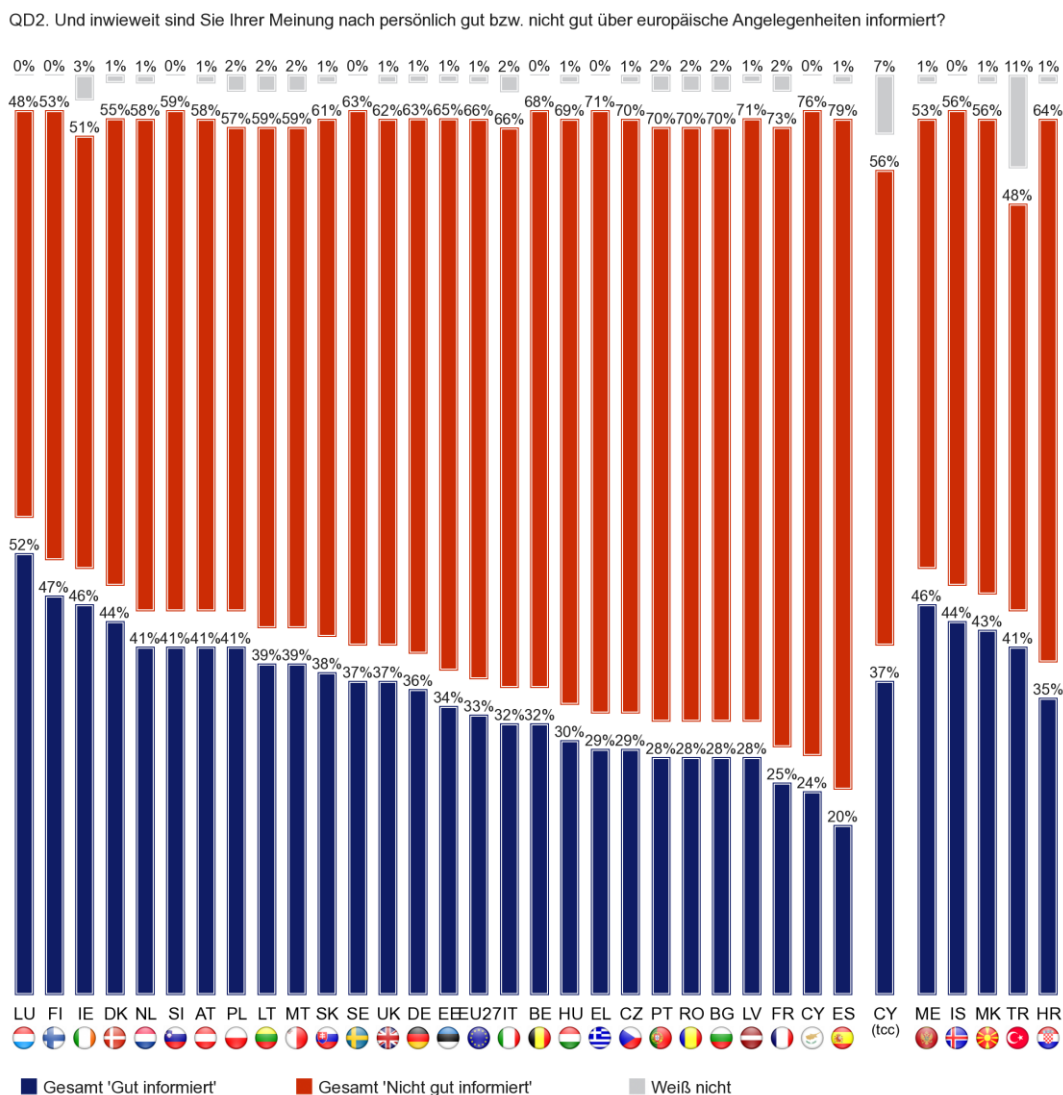


Abb.4: subjektiver individueller Informationsstand über europäische Angelegenheiten

In Österreich zeigen sich teils deutliche Unterschiede zwischen einzelnen Bevölkerungsgruppen.

- Männer (50%) fühlen sich deutlich besser informiert als Frauen (33%).
- Sowohl die jüngsten (35% der 15 bis 24jährigen) als auch die ältesten Befragten (36% der über 55jährigen) fühlen sich nicht ausreichend informiert, Personen mittleren Alters hingegen geben zu 45% an, informiert über politische Angelegenheiten zu sein.
- Personen mit niedrigem formalem Bildungsniveau fühlen sich weniger gut informiert (30%) als jene, die erst mit 20 Jahren oder älter ihre Ausbildung beendet haben (64%).
- Personen, die sich selbst weiter unten auf der sozialen Leiter sehen, fühlen sich ebenfalls weniger gut informiert (21%) als Österreicher, die sich in der gesellschaftlichen Mitte (36%) oder sogar weiter oben (55%) einstufen würden.

Obwohl sich die Österreicher unzureichend informiert über europapolitische Angelegenheiten fühlen, **werden die von den Medien transportierten Nachrichten und Informationen als ausreichend eingeschätzt.**

- ↪ 63% (-1 Pp) der Österreicher und 54% (+4 Pp) der Europäer denken, dass das **Fernsehen** im eigenen Land „gerade richtig“ über die Europäische Union berichtet. 22% (-1 Pp) der Österreicher und 28% (-7 Pp) der Europäer sagen, das Fernsehen berichte zu wenig. Jeder zehnte Österreicher (+2 Pp) und Europäer (+3 Pp) glaubt hingegen, das Fernsehen berichte zu viel über europapolitische Angelegenheiten.
- ↪ Auch mit der Berichterstattung des **Radios** ist die Mehrheit der Befragten zufrieden: 6 von 10 Österreichern (-1 Pp) und 48% (+5 Pp) der Europäer sagen, das Radio berichte ausreichend über die EU, jeweils rund ein Viertel der Österreicher (+/-0 Pp) und Europäer (-7 Pp) glauben, das Radio berichte zu wenig, 8% (+2 Pp) der Österreicher und 6% (+2 Pp) der Europäer denken, das Radio berichte zu viel.
- ↪ Das Ausmaß der Nachrichten zur Europapolitik in **Printmedien** ist für 65% (-3 Pp) der Österreicher und 55% (+2 Pp) der Europäer ausreichend, für 17% (+/-0 Pp) der Österreicher und 19% (-4 Pp) der Europäer unzureichend und für 13% (+4 Pp) der Österreicher und 10% (+3 Pp) der Europäer zu hoch.
- ↪ Schließlich noch das **Internet**: hier fällt zunächst auf, dass zwischen 30 und 40% der Befragten keine Meinung dazu äußerten. Von den restlichen Befragten halten in Österreich 46% (-2 Pp) und europaweit 41% (+3 Pp) das Informationsangebot für ausreichend, 12% (+2 Pp) der Österreicher und 11% (-2 Pp) der Europäer für unzureichend und 6% (+2 Pp) der Österreicher und 5% (+1 Pp) der Europäer für zu viel.

**Welche Personengruppen in Österreich würden sich mehr Informationen über die EU und ihre Angelegenheiten wünschen?**

- Mit zunehmendem Alter wünschen sich die Österreicher stärker Informationen in den traditionellen Medien Fernsehen, Radio und Print. Personen unter 25 Jahren würden hingegen im Internet gerne mehr über europapolitische Angelegenheiten informiert werden.
- Befragte mit der längsten Ausbildung äußern häufiger den Wunsch nach mehr medialer Berichterstattung über die EU. Umgekehrt sind Personen, die ihre Ausbildung früh beendet haben, häufiger der Meinung, die Medien berichten zu viel über europäische Angelegenheiten.

**Die Mehrheit der Bürger ist der Meinung, dass die Berichterstattung über die EU in den nationalen Medien ausgewogen und objektiv ist.** 66% (-2 Pp) der Österreicher und 55% (+/-0 Pp) der Europäer meinen dies in Bezug auf das Fernsehen, 65% (-1 Pp) der Österreicher und 53% (+/-0 Pp) in Bezug auf das Radio sowie 59% (-5 Pp) der Österreicher und 52% (+/-0 Pp) der Europäer hinsichtlich der Printmedien des Landes. In Bezug auf das Internet konnten erneut mehr als 40% keine Bewertung abgeben, von den restlichen Befragten glauben in Österreich 44% (+/-0 Pp) und im EU-Schnitt 38%, dass die Berichterstattung objektiv ist.

Daneben gibt es aber auch Befragte, die der Meinung sind, die EU werde in den Medien zu positiv bzw. zu negativ dargestellt. In Österreich sind insgesamt mehr Menschen der Meinung, die EU werde zu positiv dargestellt, im Europaschnitt halten sich die beiden Gruppen die Waage.

- 20% (-1 Pp) der Österreicher und 16% (+/-0 Pp) der Europäer glauben, das Fernsehen berichte zu positiv über die EU, 8% (+3 Pp) der Österreicher und 14% (+2 Pp) der Europäer hingegen sind der Meinung, das Fernsehen berichte zu negativ über europäische Angelegenheiten.
- 17% (-1 Pp) der Österreicher und 10% (+/-0 Pp) der Europäer denken, das Radio berichte zu positiv über die EU, 7% (+3 Pp) der Österreicher und 10% (+2 Pp) der Europäer glauben, die EU werde im Radio zu negativ dargestellt.
- Jeder fünfte Österreicher (+1 Pp) aber nur jeder zehnte Europäer (+/-0 Pp) glaubt, die Printmedien des Landes stellen die EU zu positiv dar, jeweils 14% der Österreicher(+3 Pp) und Europäer (+2 Pp) sind der Meinung, Zeitungen und Zeitschriften berichten zu negativ über die EU.
- Das Internet wird von den Befragten als ausgewogenstes Medium betrachtet. Nur 8% (-1 Pp) der Österreicher und 6% (+/-0 Pp) der Europäer glauben, die Berichterstattung via Internet sei zu positiv, jeweils 7% der Österreicher (+2 Pp) und Europäer (+1 Pp) geben hingegen an, die Darstellung der EU im Internet sei zu negativ.

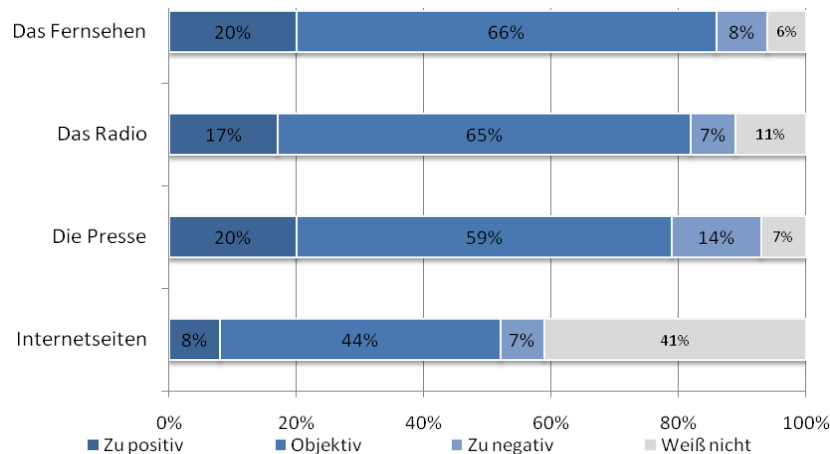


Abb.5: Einschätzung der Ausgeglichenheit der heimischen Berichterstattung über die EU (AT)

### 3.2 Wie sich die Österreicher/-innen informieren

**Fernsehen, Presse und Radio sind die drei Hauptmedien, in denen sich die Österreicher über europäische Angelegenheiten informieren.** 81% (-2 Pp) der Österreicher erhalten über das Fernsehen die meisten europapolitischen Nachrichten, zwei Drittel (+/-0 Pp) über Printmedien und die Hälfte über das Radio (+13 Pp). Auch europaweit sind es diese drei Kanäle, die am stärksten genutzt werden, Presse (47%, -2 Pp) und Radio (35%, +1 Pp) werden von den europäischen Bürgern jedoch deutlich seltener genutzt als in Österreich. **Das Fernsehen ist somit europaweit jenes Massenmedium, das bei den Bürgern am beliebtesten ist.** Über das Internet informieren sich in Österreich rund ein Viertel aller Befragten (23%, +1 Pp), europaweit sind es 26% (+/- 0 Pp).

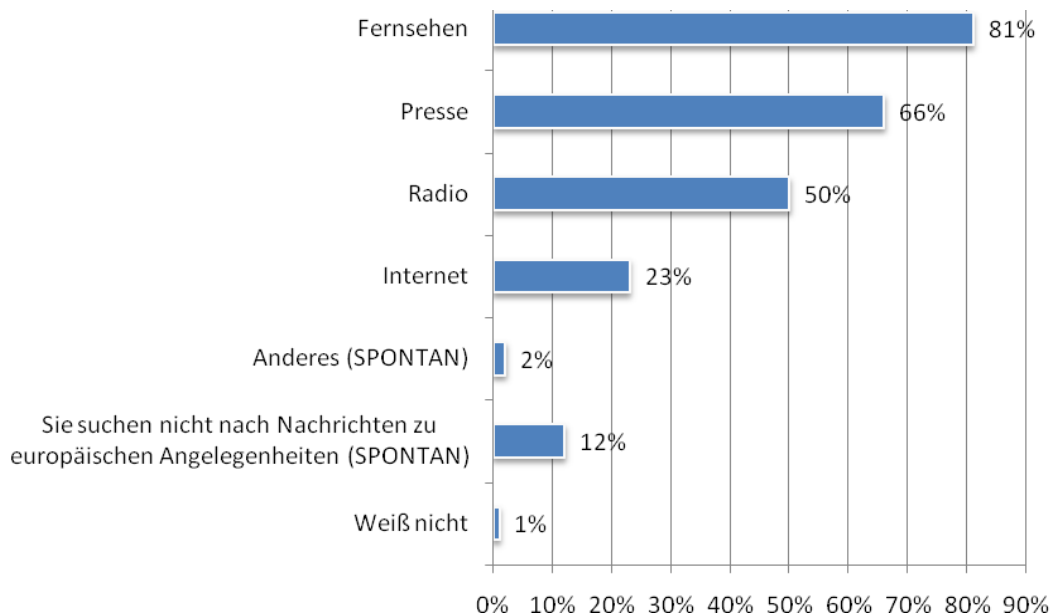


Abb.6: Medien nach Nutzungshäufigkeit für die Information über die EU (AT)

Insgesamt unterscheidet sich das Mediennutzungsverhalten in Bezug auf europäische Nachrichten nicht von der Art und Weise, wie sich die Befragten über nationale politische Angelegenheiten informieren. Unterschiede zeigen sich jedoch nach Alter und Bildungsniveau.

- **Die traditionellen Medien Fernsehen, Radio und Print werden von älteren Befragten häufiger genutzt als von jüngeren.** Österreicher über 40 erhalten ihre Nachrichten zu europäischen Angelegenheiten zu 83% über das Fernsehen, zu 72% über Zeitungen und Zeitschriften und zu 52% über das Radio. Unter jüngeren Befragten unter 25 liegen diese Werte deutlich niedriger (Fernsehen: 73%, Print: 52%, Radio: 43%). **Jüngere Österreicher informieren sich umgekehrt häufiger über das Internet.** Unter 25jährige geben zu 35% an, europapolitische Angelegenheiten im Internet zu verfolgen, unter den über 40jährigen liegt der Anteil bei 18%, wobei der Wert unter Pensionisten nochmals deutlich fällt.
- **Auch nach Bildungsniveau zeigen sich Unterschiede:** Personen, die ihre Ausbildung früh beendet haben, informieren sich seltener in Printmedien und im Internet. Personen mit formal höherem Bildungsniveau (mindestens Matura) nutzen diese beiden Medien – insbesondere das Internet – deutlich häufiger.

Auf die Folgefrage, welche Medien und Informationsquellen sie nutzen, wenn sie *gezielt* nach Informationen zur EU, ihren Politiken und Institutionen suchen - wobei diese Frage im Gegensatz zur vorhergehenden von einer *freiwilligen* Informationssuche ausgeht – nennen 62% der Österreicher und 57% der Europäer erneut das Fernsehen, gefolgt von 59% der Österreicher und 33% der Europäer, die in Tageszeitungen nach Informationen suchen. Während das Internet europaweit an dritter Stelle liegt (30%, Österreich: 23%), spielen in Österreich traditioneller Kanäle immer noch eine größere Rolle (Radio: 40%, Gespräche mit Verwandten/Freunden/Kollegen: 35%, Zeitschriften: 24%).

**Dem Internet kommt seit den vergangenen zehn Jahren – nicht zuletzt im Zusammenhang mit dem vielbeschworenen „Informationszeitalter“ – eine immer größer werdende Bedeutung zu, wenn es um die Kommunikation von Nachrichten geht.** Die Nutzung des Internets ist dabei länderspezifisch sehr unterschiedlich. Während in Österreich rund ein Viertel der Befragten – in erster Linie Männer, jüngere und besser gebildete Personen – angibt, das Internet für Informationen zu europäischen Angelegenheiten zu nutzen, sind es in den beiden östlichen Mitgliedsstaaten Lettland und Estland fast die Hälfte der Einwohner, in den skandinavischen Ländern und den Niederlanden ebenfalls noch rund 4 von 10 Befragten. Österreich liegt mit 23% im Europaschnitt (26%) was die Internetnutzung angeht.

**Erstmals wurde im Rahmen der Standard Eurobarometer-Befragungen vertiefend nach dem Internet-Nutzungsverhalten der Bürger gefragt.** Jene Personen, die angaben, das Internet zur Information über Nachrichten auf Europaebene zu nutzen, tun dies in erster Linie über Nachrichtenseiten von Zeitungen, Magazinen etc. (Österreich: 64%, EU: 72%). 44% der Österreicher geben an, Nachrichten über offizielle Webseiten von Institutionen (z.B.

Regierungswebseiten oder Webseiten der Europäischen Kommission) zu erhalten, das sind um 10 Prozentpunkte mehr als im Europaschnitt. Auch soziale Netzwerke werden in Österreich häufiger zum Informationsaustausch genutzt (29%) als im europäischen Durchschnitt (19%). Blogs oder Videoportalen kommt diesbezüglich aber (zumindest derzeit) keine große Bedeutung zu.

**Die Frage, auf welchen Webseiten es hilfreich wäre, Informationen zur EU zu finden, spiegeln die Ergebnisse des Nutzungsverhalten wider.** 39% der Österreicher (EU: 37%) glauben, dass es hilfreich wäre, wenn Nachrichtenseiten vermehrt Informationen zu europapolitischen Angelegenheiten veröffentlichen würde, 32% (EU: 28%) würden sich mehr Informationen auf offiziellen Webseiten von Einrichtungen und Organisationen wünschen. Immerhin 17% der Österreicher (EU: 9%) können sich auch vorstellen, dass soziale Netzwerkseiten im Internet Informationen und Nachrichten zu EU-Themen bereitstellen.

**Web 2.0 und soziale Netzwerkseiten** wie z.B. Facebook haben sich in den vergangenen Jahren rasant zu einem der wichtigsten und beliebtesten Bestandteile des Internets entwickelt. Allein in Europa nutzen 73% der europäischen Internetnutzer Social Network Sites, insgesamt sind das etwa 347 Millionen Menschen. **Soziale Netzwerke werden in Österreich und in Europa durchaus positiv eingeschätzt, wenn es um die Möglichkeiten geht, die dabei im Zusammenhang mit politischer Information entstehen.** Jeweils mehr als die Hälfte der Österreicher glaubt, dass soziale Netzwerke das Interesse für politische Angelegenheiten wecken können (51%, EU: 47%), dass sie dabei helfen können, auf dem neuesten Stand zu bleiben (53%, EU: 47%) und dass sie eine gute Möglichkeiten darstellen, die eigene politische Meinung kundzutun (54%, EU: 47%). Gleichzeitig werden aber auch die Gefahren gesehen: 39% der Österreicher und 40% der Europäer stimmen der Aussage zu, wonach die Informationen zu politischen Angelegenheiten auf sozialen Online-Netzwerken nicht vertrauenswürdig seien.